

# Kampf um Glanz und Gloria

Von Hubert Mooser — Statt zu regieren, zelebriert der Bundesrat das Regierungschao. «Jeder gegen jeden» lautet die Devise. In anderen Ländern wäre längst von einer Regierungskrise die Rede.

Die Mittagszeit war längst vorüber, als die beiden FDP-Bundesräte Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis am Dienstag vor einer Woche gemeinsam den Bernerhof, den Amtssitz von Finanzminister und Bundespräsident Ueli Maurer (SVP), verliessen. Der Bundespräsident hatte die zwei Kollegen zum Mittagessen eingeladen, wie ein Sprecher des Finanzdepartements auf Anfrage bestätigte. Worum es bei diesem Treffen ging, wollte dieser jedoch nicht verraten. Es wäre jedoch kurios, wenn ausgerechnet das dornige Rahmenabkommen (InstA) mit der EU kein Thema gewesen wäre.

Diesen Freitag muss der Bundesrat nämlich Farbe bekennen und endlich sagen, was beim InstA Sache ist. Und das Treffen im Büro von Maurer passt perfekt zum Aktivismus einzelner Bundesräte in dieser Sache. Er spüre den Willen der Regierung, eine Lösung zu finden, liess der Bundespräsident am Rand des Swiss Economic Forum in Interlaken dazu gegenüber der NZZ verlauten. Maurer gab weiter zu verstehen: «Die einzelnen Meinungen der Mitglieder liegen gar nicht so weit auseinander.»

## Kampf um Medienhoheit

Die Meinungen lagen schon früher nicht weit auseinander. Gerade weil es im Bundesrat kleine Differenzen gab über die Qualität des ausgehandelten, aber mit vielen Mängeln und Unklarheiten behafteten Vertragswerks, schickte die Landesregierung den Vertragsentwurf vor einem allfälligen Entscheid zur Konsultation an das Parlament, die Kantone und Sozialpartner. In jedem anderen Land würde man von einer Regierungskrise sprechen, wenn die Koalitionspartner bei einem derart wichtigen Geschäft keinen Konsens finden. In der Schweiz gibt es ein paar Vorwürfe von Parlamentariern über den führungslosen Bundesrat, der die Verantwortung abschieben wolle. Danach geht alles weiter, als wäre nichts passiert.

Dabei marschiert beim EU-Dossier jeder Bundesrat in eine andere Richtung, wie die Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrats, Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP), zugespitzt schildert. Wobei man sagen muss, dass Justizministerin Keller-Sutter bei diesem Durcheinander die Einzige im Bundesrat ist, die so etwas wie einen Plan hat. Sie will zuerst die Begrenzungsinitiative mit Hilfe der Sozialpartner und der Linken bodigen. Und danach den Rahmenvertrag mit der EU durchdrücken. Aussenminister Cassis möchte dagegen den Vertrag am liebsten sofort

unterschreiben. Die SP-Bundesräte Simonetta Sommaruga und Alain Berset wollen kein Abkommen, das die flankierenden Massnahmen ritzen könnte. Guy Parmelin (SVP) und Ueli Maurer sind für weitere Verhandlungen mit der EU. Was CVP-Bundesrätin Viola Amherd will, weiss man nicht so genau.

FDP-Fraktionschef Beat Walti ist trotzdem zuversichtlich. Schon bald stünden in der Europapolitik Entscheide an, die den Weg weisen und das Ende der Diskussion einläuten würden. «Für mich zählt das Ergebnis.» Doch dafür müsste der Bundesrat wieder wie eine Kollegialbehörde funktionieren – was im europapolitischen Dossier nicht der Fall ist.

«Einzelnen Bundesräten ist die parteipolitische Agenda wichtiger als das Wohl des Landes», kritisiert Schneider-Schneiter. Es werde bloss noch die Gegenwart verwaltet und nicht die Zukunft gestaltet. Walti hält es dagegen für verfrüht, dem Bundesrat in seiner neuen Zusammensetzung Noten zu verteilen. «Bei den anstehenden wichtigen und schwierigen Entscheiden – das sind neben dem EU-Dossier auch die AHV- und die BVG-Reform – wird sich zeigen, wie gut er als Kollegium funktioniert.»

Die Erfahrung lehrt, dass den einzelnen Bundesräten besonders in einem Wahljahr der Kampf um die Medienhoheit wichtiger ist als das Kollegialitätsprinzip. Sichtbarkeit ist gut für das Image von Bundesrat und Partei, das hat auch die Tamedia-Umfrage von letzter Woche zur Popularität von Bundesrätinnen und Bundesräten gezeigt. Obenauf schwammen vor allem die zwei neuen Bundesrätinnen, die von den Medien in den letzten fünf Monaten ganz besonders verhätschelt und mit überreichlich Vorschusslorbeeren überschüttet wurden: Keller-Sutter und Amherd. Am



*Einzig mit Plan:* Keller-Sutter (FDP).

unbeliebtesten sind jene Bundesräte, die von der Linken in der Öffentlichkeit systematisch schlechtgeredet wurden, Parmelin und Cassis.

Der Appenzeller FDP-Ständerat Andrea Caroni hält nicht viel von solchen Umfragen. Sie seien durch die Tatsache verzerrt, dass Parteisympathisanten versucht seien, ihren Bundesräten eine 6, den andern aber eine 1 zu geben. Die Umfragen seien auch nicht gut für eine Kollegialbehörde. «Sie sind aber noch harmlos gegen alle anderen Zentrifugalkräfte, die aufs Kollegium wirken», sagt Caroni. Statt zu regieren, liefern sich die Bundesräte vor und hinter den Kulissen Machtkämpfe um Glanz und Gloria. Und die Dynamik, die sich aus Differenzen bei einzelnen Geschäften entwickelt, ist manchmal komplizierter zu beschreiben als das U-Bahn-Netz von Peking.

## Parmelin widerspricht Keller-Sutter

Anschauungsunterricht in dieser Hinsicht bot das Gerangel zwischen Wirtschaftsminister Guy Parmelin und Justizministerin Karin Keller-Sutter wegen des Massnahmenpakets für ältere Arbeitnehmer. Streng genommen, wäre es die Aufgabe von Wirtschaftsminister Parmelin gewesen, diese Vorschläge auszubreiten. Sein Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat sie mit Ausnahme der Überbrückungsrente für über Sechzigjährige ausgearbeitet. Keller-Sutter riss das Geschäft an sich und liess sich als starke Frau im Bundesrat feiern, die mit dem



*Kritischer Mitbericht:* Sommaruga (SP).



*Sofort unterschreiben:* Cassis (FDP).



**Einladung zum Mittagessen:** Maurer (SVP).

Massnahmenpaket die Akzeptanz für die Personenfreizügigkeit erhöhen und die Begrenzungsinitiative bodigen wolle.

Parmelin liess sich das nicht gefallen und holte am darauffolgenden Wochenende im *Sonntagsblick* zum Gegenschlag aus: In einem Interview sagte der Romand, dass man die Massnahmen für ältere Arbeitnehmer auch ohne Begrenzungsinitiative beschlossen hätte. Ihm sei schon bei der Übernahme des Wirtschaftsdepartementes klar gewesen, «dass wir handeln müssen. Wir sehen, dass ältere Arbeitslose mehr Mühe haben, wieder eine Stelle zu finden.»

Die Walliserin Viola Amherd musste feststellen, dass auch für sie im Bundesrat die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Als sie am Mittwoch vor einer Woche im Bundesrat für den Nachrichtendienst des Bundes (NDB) gegen hundert (!) neue Stellen beantragte, fiel sie damit prompt auf die Nase. Die Bundesräte Cassis und Sommaruga hatten dazu kritische Mitberichte verfasst. Dem Vernehmen nach waren einzelne Bundesräte aber auch zur Überzeugung gelangt, Amherd habe den Chef des Nachrichtendienstes nicht im Griff.

Kaum zu glauben, aber wahr: NDB-Chef Jean-Philippe Gaudin brüstete sich in einem NZZ-Interview mit Operationen des NDB. Er kündigte sogar mehr oder weniger offen den grossen Lauschangriff auf ausländische Botschaften an. Wörtlich sagte er: «Es ist kein Geheimnis, dass in den Botschaften, nicht nur



**Weiss nicht so recht:** Amherd (CVP).

den russischen, viele Leute in der Spionage tätig sind. Mit dem neuen Nachrichtendienstgesetz haben wir jetzt aber mehr Möglichkeiten, das zu verifizieren.» Kein Wunder, blitzte Amherd mit ihrem Antrag im Bundesrat ab.

Bei der Versetzung von Korpskommandant Daniel Baumgartner zum Verteidigungsattaché in den USA liess der Bundesrat Amherd zuerst durchmarschieren. Nachträglich wurden jedoch die vertraulichen Hintergrundinformationen aus verschiedenen Departementen der Presse zugespielt. Das Problem war, dass Baumgartner seinen bisherigen Jahreslohn von 300 000 Franken weiterhin beziehen darf – was dem doppelten Gehalt eines «normalen» Verteidigungsattachés entspricht. Das ist gesetzeswidrig, weil die Versetzung auf ausdrücklichen Wunsch von Korpskommandant Baumgartner geschah.

Bundesrätin Karin Keller-Sutter startete fulminant in ihr neues Amt. Sie redete im Bundesrat von der ersten Sitzung an engagiert mit. Besonders Alain Berset ist begeistert von der FDP-Bundesrätin; mit ihr sei das Niveau der Debatten im Bundesrat gestiegen, soll er jüngst gesagt haben. Das liegt vor allem daran, dass Berset mit Keller-Sutter Mehrheiten bilden kann. Mit der St. Gallerin ist allerdings auch das Konfliktpotenzial grösser geworden. So ging es auch nicht lange, bis die beiden Alphafrauen, Simonetta Sommaruga und Karin Keller-Sutter, aneinandergerieten – beim Entscheid des Bundesrates, das Uno-Atomwaffenverbot vorläufig nicht zu unterschreiben. Argwöhnisch belauern sich seither die beiden Primadonnen, die keinen Konflikt scheuen.

Es ist aber nicht so, dass die Fronten im Bundesrat entlang der Parteilinie verlaufen. Auch die SP-Bundesräte Berset und Sommaruga kommen sich immer wieder in die Quere, wie vor einer Woche, als der Freiburger in der neuen Kulturbotschaft den Beitrag an die Stadt Bern in Höhe von einer Million Franken strich. Die Bernerin Sommaruga, die sich für die Million engagiert hatte, war nicht erfreut. Wie tief das gegenseitige Misstrauen in der Landesregierung derzeit ist, zeigt nichts deutlicher als



**Begeisterung:** Berset (SP).

der Besuch von Bundespräsident Ueli Maurer bei US-Präsident Donald Trump: Der Bundespräsident und sein Umfeld hielten die Einladung bis zur Bundesratssitzung anderntags geheim. Man war sich bewusst, dass die Kurzvisite ansonsten kritisiert, zerredet und vielleicht gar verunmöglicht worden wäre, liessen Eingeweihte nach dem Besuch in Washington durchblicken. Genau das wird wohl auch passieren, wenn der Bundesrat am Freitag endlich offenbaren wird, wie es beim Rahmenvertrag weitergehen soll.



**Weiter verhandeln:** Parmelin (SVP).

## Pensionierung

### AHV

Wie hoch ist mein Anspruch?

### Pensionskasse

Rente, Kapital, Kombination?

### Hypothek

Soll ich amortisieren?

### Steuern

Wie kann ich sparen?

### Nachlass

Wie sichere ich meine Familie ab?



Mit der Pensionierung ändert sich Ihre finanzielle Situation grundlegend. Was Sie heute entscheiden, bestimmt Ihren Lebensstandard für viele Jahre. Eine unabhängige Beratung beim VZ lohnt sich. Überzeugen Sie sich selbst: Das erste Gespräch ist kostenlos und unverbindlich.

